

Betreuungs- und Unterbringungsverfahren

für die gerichtliche, anwaltliche, behördliche
und Betreuungspraxis

von

Dr. Martin Probst

Vorsitzender Richter am Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgericht

2., völlig neu bearbeitete
und wesentlich erweiterte
Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter:

[ESV.info/978 3 503 12039 0](http://ESV.info/978%203%20503%2012039%200)

ISBN 978 3 503 12039 0

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: schwarz auf weiss, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur zweiten Auflage

„Betreuung“ und „Unterbringung“ kommen nicht zur Ruhe. Dies gilt auch für ihr Verfahrensrecht.

Ursachen sind nicht nur demographische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Aktuell prägend wirkt weit mehr die Überlagerung von Reformansätzen. Die Umsetzung des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes ist noch nicht verarbeitet, gleichwohl steht das Betreuungs- und Unterbringungsverfahren vor der nächsten großen Umstrukturierung.

Gemeint ist neben der am 1. September 2009 in Kraft tretenden gesetzlichen Regelung des Rechts der Patientenverfügungen durch das 3. Betreuungsrechtsänderungsgesetz vor allem das neue „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ (FamFG), ein Gesetz, das ebenfalls ab dem 1. September 2009 nach und nach das alte FGG ablösen wird. Wie schon der Name zeigt, kam der Reformanstoß von außen. Eine derart intendierte Gesamtkodifikation kann für das System des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens zu Spannungen führen.

Diese zu vermindern und zugleich den Umstieg vom FGG auf das FamFG zu erleichtern, ist vor allem Ziel dieser Neuauflage. Deshalb und angesichts der Parallelgeltung beider Verfahrensordnungen noch für geraume Zeit werden neues und altes Recht möglichst einander gegenüber gestellt. Wie schon mit der Voraufgabe wird ein Verständnis des Verfahrensrechts als System in Abhängigkeit vom materiellen Recht und gesellschaftlichen Wirkungsbedingungen angestrebt.

Für eilige Leser empfiehlt sich ein erster Überblick über die für das Betreuungs- und Unterbringungsverfahren bedeutsamen Neuregelungen des FamFG unter Abschnitt D. Literatur wurde in einer Auswahl berücksichtigt. Rechtsprechung wurde bis Juni 2009 ausgewertet. Im Anhang sind die wichtigsten aktuellen Vorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts auszugswise abgedruckt. Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich gerne entgegen.

Schleswig, im Juli 2009

Martin Probst

Vorwort zur ersten Auflage

„Hilfe statt Bevormundung“ versprochen das 1992 in Kraft getretene Betreuungsrecht und das gleichzeitig reformierte Unterbringungsverfahrensrecht.

Ob ein derartiges Versprechen eingehalten werden kann, hängt von vielen Faktoren ab: von der Akzeptanz Schwächerer durch Staat und Gesellschaft sowie den richtigen Grundentscheidungen des materiellen Betreuungs- und Unterbringungsrechts, von der notwendigen sozialen Infrastruktur und den notwendigen finanziellen Ressourcen, von der richtigen Schulung und Intention der Rechtsanwender, aber auch von einem Verfahrensrecht, das den Schwächeren achtet und es überhaupt erst ermöglicht, zu sachgerechten Entscheidungen zu gelangen. Ergebnis der sozialen Dynamik von Betreuungs- und Unterbringungsrecht ist es, dass – obgleich Bestandteil des Verfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit – zwischenzeitlich von einem eigenständigen Recht des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens gesprochen werden kann.

Dessen konzentrierte Darstellung steht im Zentrum dieses Buches, das sich gleichermaßen an Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte richtet wie an Lehrende und Studierende in Universitäten und Fachhochschulen, an Betreuerinnen und Betreuer, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betreuungsbehörden, Betreuungsvereinen, Gesundheitsbehörden und Kliniken sowie an rechtlich interessierte Laien. Neben der Darstellung der verfahrensrechtlichen Strukturen, Rechte, Situationen und – auch praktischen – Fragen nicht vergessen werden jedoch die notwendigen Bezüge zum materiellen Recht sowie die Einordnung des geltenden Rechts in die rechtspolitische Entwicklung.

Insoweit beruht die Darstellung zum Teil auch auf Erfahrungen, die der Verfasser in einem Landesjustizministerium bei Begleitung und Umsetzung des (ersten) Betreuungsrechtsänderungsgesetzes 1998 und noch bei Konstituierung der zur Vorbereitung des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe Betreuungsrecht sammeln konnte. Ziel ist deshalb auch, den zumeist nur in bestimmten Segmenten des Betreuungs- oder Unterbringungsverfahrens tätigen Rechtsanwendern einen stärker konzeptionellen Blick auf die Gesamtheit des Betreuungs- und Unterbringungswesens zu ermöglichen und damit einen Blick auf die Rahmenbedingungen rechtlicher Entscheidungen.

Die Darstellung berücksichtigt bereits die durch das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz eingetretenen Rechtsänderungen. Für eilige Leser emp-

Vorwort

fehlt sich insoweit der erste Überblick unter Abschnitt D. Die Diskussion um ein sich auf die Wahrung der Patientenautonomie konzentrierendes weiteres Betreuungsrechtsänderungsgesetz wird gestreift.

Literatur wurde in einer Auswahl berücksichtigt. Rechtsprechung – insbesondere auch diejenige des künftig leider fortfallenden Bayerischen Obersten Landesgerichts – wurde bis April 2005 ausgewertet. Im Anhang sind die wichtigsten aktuellen Vorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts auszugsweise abgedruckt. Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich gerne entgegen.

Schleswig, im Mai 2005

Martin Probst

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	6
Abkürzungsverzeichnis	13
A. Das Verfahren in Betreuungssachen	17
1. Zielsetzung und Grundstrukturen	17
2. Sachliche und örtliche Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens	27
3. Internationale Zuständigkeit und internationales Betreuungsrecht	34
4. Aufgabenverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger	38
5. Aufgabenverteilung zwischen Betreuungsgericht, Betreuungsbehörden und Bundesnotarkammer	44
6. Betreuungsverfahren und Betreuungsalternativen: Vorsorgevollmacht, gesetzliche Vertretung durch Angehörige und „andere Hilfen“	53
7. Beteiligte am Betreuungsverfahren und ihre Verfahrensrechte	59
7.1 Rechtsstellung des Betroffenen	59
7.2 Rechtsstellung naher Angehöriger, Vorsorgebevoll- mächtigter und sonstiger nahestehender Personen	69
7.3 Rechtsstellung der Betreuungsbehörde	76
7.4 Rechtsstellung des Vertreters der Staatskasse	79
7.5 Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	81
7.6 Rechtsstellung des Betreuers	90
8. Typische Verfahrensgestaltungen im erstinstanzlichen Betreuungsverfahren	96
8.1 Einrichtung einer Betreuung und Bestellung eines Betreuers	96
8.1.1 Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung	96
8.1.2 Sachverhaltsermittlung	104
8.1.3 Betreuerbestellung	114
8.2 Bekanntmachung und typische Nebenentscheidungen	120
8.3 Abänderungsverfahren	124
8.4 Eilmaßnahmen und einstweilige Anordnung	135

Inhaltsverzeichnis

8.5	Allgemeine Aufsicht des Betreuungsgerichts	145
8.6	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts durch Genehmigungsvorbehalte	151
8.7	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts im Bereich der Vermögenssorge	157
8.8	Besondere Aufsicht des Betreuungsgerichts im Bereich der Personensorge	162
8.8.1	Genehmigung erbrechtlicher Willenserklärungen	163
8.8.2	Genehmigung der Wohnungsauflösung und verwandter Rechtsgeschäfte (§ 1907 BGB)	164
8.8.3	Genehmigung ärztlicher Maßnahmen (§ 1904 Abs. 1 BGB)	169
8.8.4	Abbruch ärztlicher und besonders lebenserhaltender Maßnahmen (§ 1904 Abs. 2 BGB)	176
8.8.5	Genehmigung einer Sterilisation (§ 1905 BGB)	182
8.8.6	Genehmigung von Unterbringungen und unterbringungs- ähnlichen Maßnahmen (§ 1906 BGB)	185
8.9	Aufwendungsersatz und Vergütung	193
8.9.1	Arten der Betreuerentschädigung	195
8.9.2	Verfahrenswege	206
8.9.3	Durchführung der Betreuerentschädigung	216
8.9.4	Entschädigung des Verfahrenspflegers	229
8.10	Ende und Abwicklung der Betreuung	233
9.	Beschwerdeverfahren	236
9.1	Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerdegegenstand	236
9.2	Verfahrensgrundsätze	246
9.3	Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anhörungsrüge	256
10.	Mitteilungen im betreuungsgerichtlichen Verfahren	257
11.	Kosten und Wertansatz	259
B.	Das Verfahren in Unterbringungssachen	267
1.	Zielsetzung und Grundstrukturen	267
2.	Zuständigkeit sowie Abgabe des Verfahrens	273
3.	Aufgabenverteilung zwischen den am Unterbringungs- verfahren beteiligten Institutionen	279
4.	Beteiligte am gerichtlichen Unterbringungsverfahren und ihre Verfahrensrechte	281
4.1	Rechtsstellung des Betroffenen	281

Inhaltsverzeichnis

4.2	Rechtsstellung naher Angehöriger, Betreuer, Bevollmächtigter und sonstiger nahe stehender Personen ...	287
4.3	Rechtsstellung von Behörden und Institutionen	291
4.4	Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	294
5.	Typische Verfahrensgestaltungen im erstinstanzlichen Unterbringungsverfahren	299
5.1	Verwaltungsverfahren	299
5.2	Gerichtliche Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme ...	302
5.2.1	Handlungsrahmen und Verfahrensgestaltung	302
5.2.2	Sachverhaltsermittlung	305
5.2.3	Gerichtliche Entscheidung	314
5.3	Bekanntmachung und typische Nebenentscheidungen	323
5.4	Abänderungsentscheidungen	325
5.5	Vorläufige Unterbringung und einstweilige Anordnung	327
5.6	Vollzug gerichtlicher Anordnungen und Genehmigungen im Unterbringungsverfahren	339
5.6.1	Vorführung, Zuführung und Organisation der Unterbringung	339
5.6.2	Zwangsbehandlung	349
6.	Beschwerdeverfahren	358
6.1	Beschwerdebefugnis, Beschwerdearten und Beschwerdegegenstand	358
6.2	Verfahrensgrundsätze	366
6.3	Befristete Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers und Anörungsrüge	375
7.	Mitteilungen im gerichtlichen Unterbringungsverfahren ...	375
8.	Kosten.....	377
C.	Perspektiven des Betreuungs- und Unterbringungsverfahrens	383
D.	Wichtige aktuelle Rechtsänderungen im Überblick	387
Anhänge:	Wichtige Rechtsvorschriften des Verfahrens- und Vergütungsrechts	389
Anhang 1:	Auszug aus dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	391
Anhang 2:	Auszug aus dem Rechtspflegergesetz (RPfLG)	441

Inhaltsverzeichnis

Anhang 3: Auszug aus dem Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz – BtBG)	445
Anhang 4: Auszug aus der Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV)	447
Anhang 5: Auszug aus dem Vormündervergütungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)	451
Anhang 6: Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG)	455
Anhang 7: Auszug aus dem Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen des Landes Schleswig-Holstein (Psychisch-Krankengesetz – PsychKG)	461
Literaturverzeichnis	471
Sachverzeichnis	481